

Leitantrag NEOS Wien

Wien geht anders - Verwaltung abspecken und unser Wien fit für die Zukunft machen

Aufgeblähte Bürokratie, strukturelle Korruption, unfaire Privilegien wohin man schaut – die Wiener Politik und ihr Verwaltungsapparat sind ein träger, sündteurer Apparat, der vor allem denen nützt, die Teil des Systems sind.

Die Wiener Verwaltung ist in der Monarchie stecken geblieben – Schluss mit der Hofratsmentalität, eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung: bürgernah und kosteneffizient. Wir wollen das aufgeblähte System endlich abspecken und stattdessen in die Zukunft investieren. Wir kämpfen gegen Steuergeldverschwendung und Privilegien. Wir wollen eine moderne Verwaltung, die nicht nur für sich selbst da ist, sondern das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Wien geht anders – davon sind wir überzeugt! Wir brauchen nicht genauso viele Gemeinderäte wie es Abgeordnete im US-Senat gibt. Wir brauchen keine 100 Millionen teure Eigenwerbung für Politiker_innen. Wir brauchen keine 30 Millionen Euro Förderung für die politischen Parteien und keine zusätzliche Millionen für parteinahe Vereine. Und wir brauchen sicherlich keine aufgeblähte, intransparente Verwaltung, in der hunderte Millionen versickern und in der das richtige Parteibuch noch immer wichtiger ist, als die Qualifikation. 500 Millionen Euro jährlich können wir bei Politik und Verwaltung sparen und das Service für die Wienerinnen und Wiener dabei trotzdem verbessern. Unsere Forderungen für eine schlankere Stadt:

- Parteienförderung halbieren
- Verbot öffentlicher Aufträge an parteinahe Unternehmen
- Kosten für Eigenwerbung halbieren
- Sitze im Gemeinderat von 100 auf 50 halbieren
- Engagierte Stadtteilparlamente statt teure politische Bezirksvertretungen
- Förderungen für parteinahe Vereine abstellen
- Teure Doppelstrukturen abschaffen und Magistratsabteilungen zusammenlegen

Wir machen Politik und Verwaltung aber nicht nur kostengünstiger und effizienter, sondern auch fairer. Es muss Schluss sein mit Privilegien, Versorgungsposten für Parteigünstlinge und Politiker_innen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf eine bürgernahe, transparente Verwaltung, in der nicht das Parteibuch zählt, sondern Leistung und Engagement. Und in der nicht Millionen in einem Privilegienstadl versickern, die für wirklich wichtige Zukunftsinvestitionen dringend gebraucht werden. Wir kämpfen daher für eine faire, transparente Verwaltung:

- Keine Nebenjobs für Politiker in der Stadtverwaltung oder in stadteigenen Betrieben
- Transparente Postenbesetzungen im Magistrat – Qualifikation statt Parteibuch

- Schluss mit den Pensionsprivilegien für Politiker_innen und Spitzenbeamte
- Einrichtung einer wirklich unabhängigen Antikorruptions-Stelle

Wien geht anders. Wir wollen eine Stadt, die nicht die Vergangenheit verwaltet, sondern die Zukunft gestaltet. Eine halbe Milliarde Euro weniger für das verkrustete System, eine halbe Milliarde Euro mehr für Bildung, Gesundheit, Innovation und Schuldentrückzahlung! Politik und Verwaltung abspecken heißt, unser Wien fit für die Zukunft zu machen!

Unser Abspeckplan für die Politik

Der politische Apparat ist völlig aufgebläht: Neben den 100 Mitgliedern im Wiener Gemeinderat leisten wir uns 1.144 Bezirksrät_innen in den Bezirksvertretungen. In den Bezirken sitzen 46 Bezirksvorsteher-Stellvertreter_innen, die uns Bürger_innen nichts bringen, aber jedes Jahr Millionen kosten. Genau wie die nicht amtsführenden Stadträt_innen, die die Sinnbefreiheit bereits im Namen führen. Allein die Gehälter und Pensionen der Politiker_innen kosten uns jedes Jahr 40 Mio. Euro. Zum Vergleich: das gleich große Hamburg kommt in Bürgerschaft und Bezirksvertretungen mit insgesamt nur 478 Politiker_innen aus.

Hinzu kommen weitere unnötige politische Versorgungsposten im Stadtschulrat oder parteipolitisch besetzte Sonderbeauftragte, die die Verwaltung weiter aufblähen. Wir fordern:

- Abgeordnete im Gemeinderat von 100 auf 50 halbieren
- Vorsitz des Gemeinderats und Präsidium des Landtags sollen in Personalunion geführt werden, damit keine zusätzliche Entlohnung mehr nötig ist
- Stadtschulratspräsident_in und Stellvertreter_in durch Umwandlung des Stadtschulrats in eine unabhängige Bildungsservicestelle einsparen
- Nicht amtsführende Stadträt_innen abschaffen
- Bezirksvorsteher-Stellvertreter_innen abschaffen

Reform der Bezirksvertretungen

Die Vertretungsgremien und Verwaltungsstrukturen auf Bezirksebene sind gewaltig überdimensioniert. Wien leistet sich 23 Bezirksvertretungen und 20 Bezirksämter. Die bestehende Verwaltungsaufteilung und Vertretungsstruktur ist teuer und ineffizient. In den Bezirksvertretungen, wo man eigentlich den Bürger_innen besonders nahe sein sollte, bestimmen die Parteizentralen die Richtung. Das Vertrauen der Bürger_innen in die Politik ist auf einem Tiefpunkt angelangt – die Zahl der Nichtwähler_innen bei der Wiederholung der Bezirksvertretungswahl in der Leopoldstadt war so groß wie nie zuvor. Politik soll in Wien wieder positiv besetzt werden und ganz besonders auf lokaler Ebene die Menschen wieder stärker einbinden. Im Idealfall kennt jede_r Bürger_in seine_n politische_n Vertreter_in persönlich! Über eine Strukturreform und die Einführung von Grätzvertreter_innen schaffen wir wieder eine stärkere Identifikation mit der Vertretung. Der überdimensionierte und sehr kostenintensive Politikapparat wird auf ein vernünftiges

Maß zurechtgestutzt. Denn politische Vertretung geht schlanker und bürgernäher. Wir fordern:

- Wir halbieren die Anzahl der Bezirksrät_innen auf rund 550.
- Wir halbieren die Anzahl der Bezirksvertretungen und fassen sie in rund 10 „Stadtteilparlamente“ zusammen, die je nach Einwohnerzahl für ein bis fünf der derzeitigen Bezirke zuständig sind.
- Wir richten ca. 100 „Grätzlwahlkreise“ ein, in denen jeweils ein/e „Grätzlvertreter_in“ direkt von der Bevölkerung mit einer Erststimme gewählt wird.
- Für die „Grätzlwahlkreise“ orientieren wir uns an den historisch gewachsenen Katastralgemeinden, mit denen eine starke lokale Identifikation einhergeht (z.B. Pötzleinsdorf, Rodaun, Kagran).
- Mit einer Zweitstimme wählt man eine Partei, die die restlichen Mandate wie bisher über Bezirkslisten nach dem Verhältniswahlrecht vergeben.
- Die Mandatare aus den „Grätzln“ und Bezirken werden sodann in die einzelnen „Stadtteilparlamente“ entsandt.
- Zur Stärkung von Verantwortlichkeit werden Stadtteilvorsitzende direkt gewählt. Diese Stadtteilvorsitzende ersetzen die bisherigen Bezirksvorsteher_innen.

Verwaltung verschlanken

Die Stadt Wien beschäftigt mehr als 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mehr als 80 Dienststellen des Magistrats. Die Struktur der 60 Magistratsabteilungen ist aufgebläht, häufig historisch gewachsen, nach politischen Befindlichkeiten willkürlich eingeteilt und entspricht nicht mehr modernen Anforderungen. 23 der 60 Magistratsabteilungen haben eigene IKT Dienststellen; 34 eigene Dienststellen für die Personalverwaltung und 39 eigene Dienststellen für Budget und Controlling. Hinzu kommen 17 eigene PR-Abteilungen. Diese Parallelstrukturen sind ineffizient und kostenintensiv.

Sämtliche Verwaltungseinrichtungen müssen auf ihre öffentliche Aufgaben und ihre Effizienz hin überprüft und gegebenenfalls zusammengelegt, reformiert oder gestrichen werden. Die historisch gewachsene und durch politische Willkür entstandene Geschäftseinteilung muss dringend hinterfragt werden. Es ist öffentlich zu diskutieren, welche Aufgaben in welcher Form durch die Stadt zu erfüllen sind.

Bürger_innen haben ein Recht, wie Kund_innen und nicht wie Bittsteller_innen behandelt zu werden. Allein für unnötige Amtswege wie der persönlichen Meldung von Geburten, oder Ummeldungen des Wohnsitzes verlieren Wiener_innen viel Zeit. Wien soll international zur Vorreiterin für elektronische Angebote der Verwaltung (eGovernment) werden.

Der Wiener Förderdschungel gehört entfilzt. Wir fordern, dass die öffentliche Hand bei Förderungen nicht vor allem nach politischer Opportunität und Parteinähe, sondern transparent und fair handelt. Es soll darauf ankommen, was eine Organisation leistet und welchen Mehrwert sie für die Gesellschaft bringt, und nicht welche Kontakte sie ins Rathaus hat. Wir fordern:

- Zentrale Services wie Personal, Finanzen, EDV, Gebäude und Recht werden durch zentrale Servicestellen ausgeführt. Doppelgleisigkeiten und Parallelstrukturen werden somit vermieden.
- Magistratsabteilungen werden zusammengelegt (1/2 streichen) und unnötige Führungsebenen werden gestrichen.
- Es werden zeitgemäße Compliance-Richtlinien zur Vermeidung von wirtschaftlichem Schaden sowie der Beeinträchtigung des Ansehens der Stadtverwaltung erstellt.
- Die von der Stadt Wien herausgegebenen Publikationen wie “Mein Wien”, die wien.at-Magazine und die Mitarbeiterzeitung wien.at Aktuell verursachen jährliche Kosten von 17 Millionen Euro. Diese Zeitungen sollen künftig nur noch digital erscheinen. Dies spart Geld und schont die Umwelt.
- Der elektronische Gehaltszettel soll flächendeckend eingesetzt werden.
- Die gesamte Verwaltung soll auf den elektronischen Akt umsteigen, um unnötigen Papierkram zu vermeiden. E-Ticketing ermöglicht Bürger_innen, den Stand der Bearbeitung zu verfolgen.
- Alle Dokumente für den Landtag und andere Vertretungsorgane sollen digital zur Verfügung gestellt werden.
- Eine Verbesserung des E-Government ist nötig. Vor allem bei der Meldebehörde und dem Standesamt sollen verstärkt online Amtswege eingerichtet werden.
- Es soll eine neutrale, nicht weisungsgebundene Antikorruptions-Stelle für Beschwerden von Bürger_innen sowie für Bedienstete der Stadt geben.
- Die Kosten für externe Beratung sollen um ein Drittel reduziert werden.
- Das Fördervolumen der Stadt soll um ein Drittel gesenkt werden. Durch transparente Kriterien und Evaluierung der Qualität werden Einsparungen ermöglicht. Ein Landessubventionsgesetz schafft Fairness statt der jetzigen Willkür.

Neuaufstellung des Beteiligungsmanagements

Die Stadt Wien ist direkt und indirekt an mehr als 400 Unternehmen, Stiftungen, Fonds und anderen Organisationen beteiligt. Die Beteiligungen setzen trotz formaler Unabhängigkeit in vielen Fällen die politische Agenda der rot-grünen Stadtregierung um. Dies führt dazu, dass unternehmensstrategisch problematische, aber parteipolitisch opportune Entscheidungen getroffen werden. Die Opposition hat keinerlei Kontrollrechte über diese Beteiligungen. Auch kann sie nicht kontrollieren, was mit Steuergeldern geschieht, die von der Stadt Wien an die Unternehmensbeteiligungen gezahlt werden. Die zum Teil politisch verfilzten privatwirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt und andere zurechenbare Organisationen (Fonds, Stiftungen, Vereine) müssen durchforstet werden. Es gibt keine nachvollziehbare Gesamtstrategie für die Aufteilung der verschiedenen Aufgaben zwischen Stadtverwaltung, Unternehmungen und Beteiligungen. Das unkontrollierte und intransparente Geflecht von verschiedenen Unternehmensbeteiligungen und Stadtverwaltung ermöglicht strukturelle Korruption und Misswirtschaft in der Erfüllung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse. Wir fordern:

- Die Stadt hat ein strategisches Beteiligungsmanagement und ein davon getrenntes Beteiligungscontrolling einzurichten.
- Die historisch gewachsenen Strukturen der Beteiligungen sind zu hinterfragen und auf ihre Zweckmäßigkeit und Effizienz hin zu evaluieren.
- Kurzfristig sind die ausgegliederten Unternehmungen der Stadt Wien nach §71 Wiener Stadtverfassung (Wien Kanal, Wiener Wohnen und Krankenanstaltenverbund) vollständig im Budget der Gemeinde Wien auszuweisen.
- Kernkompetenz des Magistrats müssen Verwaltungstätigkeiten und hoheitliche Aufgaben werden. Am Markt operativ tätige Magistratsabteilungen sowie Beteiligungen mit Zweck im öffentlichen Interesse sind daher mittelfristig in funktionell gegliederte Holdinggesellschaften für Infrastruktur, Immobilien, Gesundheit und Kunst/Kultur neu zu gliedern:
 - Kommunale Dienstleister (wie z.B. Wasser, Müll, Landwirtschaftsbetrieb, Bewirtschaftung der Stadtwälder) werden aus dem Magistrat aus und in die funktionell entsprechenden Holdings eingegliedert.
 - Direkte Beteiligungen, von der Wien Holding verwaltete Beteiligungen (z.B. EBS und Gesiba), und die Unternehmensgruppen der Wien Holding sowie der Wiener Stadtwerke werden nach denselben Kriterien eingegliedert.
 - Wien Kanal, Wiener Wohnen und Krankenanstaltenverbund werden ebenfalls als Unternehmen in die Holdings eingegliedert.
- Im Gegenzug sind ausgegliederte Organisationseinheiten, die hoheitliche Aufgaben ausführen, aufzulösen und in den Magistrat einzugliedern.
- Alle Beteiligungen werden nach Hamburger Vorbild in folgende Kategorien eingeteilt:
 - Kategorie A: Für die Infrastruktur der Stadt zwingend erforderliche Unternehmen. Die Bewahrung eines beherrschenden öffentlichen Einflusses (mindestens 51 %) ist geboten.
 - Kategorie B: Unternehmen, die für die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Wien von herausragender Bedeutung sind. Für diese Unternehmen muss die Stadt Beteiligungen in der Höhe von Zumindestens 25,1 % halten.
 - Kategorie C: Unternehmen, die zur Erfüllung fachspezifischer Ziele von strategischer Bedeutung sind. Auch bei Unternehmen dieser Kategorie wird regelhaft mindestens eine Minderheitsbeteiligung der Stadt geboten sein.
 - Kategorie D: Unternehmen, die nicht unter eine der vorgenannten Gruppen fallen. Bei diesen Unternehmen ist eine weitere Beteiligung der Stadt nicht mehr erforderlich.
- Die Stadt Wien muss zeitgleich mit dem Rechnungsabschluss einen aktuellen Beteiligungsbericht erstellen, der jederzeit online abrufbar ist. Dieser Bericht muss für alle direkten und indirekten Beteiligungen mindestens folgende Angaben enthalten:
 - Wesentliche Aufgaben und Aktivitäten der einzelnen Beteiligungen
 - Aussagekräftige betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Beteiligungen (u.a. Bilanz, Gewinn/Verlust-Rechnung, Anlagenspiegel)
 - Alle Transferzahlungen aus öffentlichen Haushalten, ihre Rechtsgrundlage und einen detaillierten Verwendungsnachweis

- Die Stadt Wien hat einen Public Corporate Governance Kodex für alle Beteiligungen zu erstellen. Ziel dieses Kodex ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle der Stadt und der Unternehmen der Stadt als Anteilseigner klarer zu fassen.
- Erlass einer Vertragsschablonenverordnung auf Grundlage des § 6 Bundes-Stellenbesetzungsgesetz, die die Verträge mit Managern von stadtnahen Unternehmen klar regelt und deren Bezüge begrenzt. Als Vorbild soll die vom Rechnungshof als positives Beispiel hervorgehobene Steiermärkische Vertragsschablonenverordnung dienen.

Personalmanagement modernisieren

Das Personalmanagement der Stadt ist veraltet und ineffizient. Ob Besoldung ohne Leistungskomponente, eine aus der Nachkriegszeit stammende Gehaltskurve oder sehr eingeschränkte Versetzbarkeit – das System ist zu unflexibel. Die Stadt als Arbeitgeberin wird für gut ausgebildete Menschen immer unattraktiver. Beförderungen haben noch immer stärker mit dem Parteibuch und dem Dienstalder zu tun, als mit Leistung. Es gibt weder eine strategische Personalbedarfsplanung, noch leistungsgerechte Vergütungen. Allein mit dem 320 Seiten starken Nebengebührenkatalog wird die Gehaltsberechnung eine Wissenschaft. Diverse Zulage wie beispielsweise für Bedienstete, die Maschinen der automatischen Textverarbeitung bedienen, sind nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen ein faires und transparentes Gehaltsschema.

Wiener Magistratsbedienstete gehen mit durchschnittlich 57,94 Jahren in Pension und sind 17 Tage im Jahr im Krankenstand. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten, da die Erfahrung von älteren Bediensteten im öffentlichen Dienst gebraucht wird und die hohe Zahl an Krankenständen (17,34 Tage/Jahr) im Vergleich zum privaten Sektor (12,7 Tage/Jahr) unglaubliche Kosten verursachen.

Überholte Privilegien für Magistratsbedienstete im Vergleich zum privaten Sektor gehören abgeschafft. Von Freistellungen für gewerkschaftliche und parteipolitische Tätigkeit über eine zusätzliche siebente Urlaubswoche bis hin zu Pensionsprivilegien und bezahlter Mittagspause - Bedienstete der Stadt sind in vielen Bereichen noch immer privilegiert im Vergleich zum ungeschützten Bereich. Luxuspensionen von über 10.000€ im Monat sind noch immer weit verbreitet, da Wien im Vergleich zum Bund diese kaum angetastet hat. Frühpensionierungen stehen noch immer an der Tagesordnung – oft sogar gegen den Willen der Bediensteten. So ermöglicht beispielsweise eine Sonderregelung, dass Bedienstete in den Ruhestand geschickt werden können, sofern sie älter als 55 Jahre sind und wenn aufgrund einer Organisationsauflösung oder –umstrukturierung ihr Arbeitsplatz entfällt. Wie diese Regelung in der Praxis angewandt wird, exerzierte die Stadt Wien am Beispiel der Wiener Stadtwerke vor: Hunderte den Stadtwerken zugewiesene Wiener Beamt_innen bekamen dort aufgrund dieser Regelung den „Golden Handshake“. Dies ist unverantwortliche Politik auf Kosten der Steuerzahler_innen. Wir fordern:

- Das Dienstrecht soll flexibilisiert und leistungsgerechtere Vergütungsanreize müssen geschaffen werden.
- Telearbeit soll verstärkt ermöglicht werden.

- Bedienstete sollen wieder stärker für ihre Arbeit motiviert werden, indem ihnen größere persönliche Verantwortungsbereiche übertragen werden.
- Die Gehaltskurve soll über den Lebenszyklus abgeflacht werden, damit junge Bedienstete mehr verdienen.
- Das System der Zulagen gehört abgeschafft und durch ein verständliches Gehaltsschema ersetzt.
- Automatische Gehaltserhöhungen (Biennalsprünge) werden durch leistungsorientierte Indikatoren abgelöst.
- Bezahlte Mittagspause abschaffen.
- Die zusätzliche 7. Urlaubswoche für gewisse Bedienstete soll zurückgenommen werden.
- Sofortige Umstellung auf das Pensionskonto bei den pragmatisierten Bediensteten der Gemeinde Wien.
- Freistellungen bei vollen Bezügen für politische und gewerkschaftliche Zwecke müssen *mit Ausnahme der im „Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien“ geregelten Freistellungen abgeschafft werden.*
- abgeschafft werden.
- Flexible Pensionierungsmodelle und Arbeitsteilzeit sollen eingeführt werden.
- Abschaffung der Sonderregelung, dass Bedienstete in den Ruhestand geschickt werden können, sofern sie älter als 55 Jahre sind und wenn aufgrund einer Organisationsauflösung oder -umstrukturierung ihr Arbeitsplatz entfällt.
- Umschulungsmaßnahmen für ältere Bedienstete müssen intensiviert werden und attraktiver gestaltet sein.
- Neben präventiver Gesundheitsförderung braucht es ein effektives System des Fehlzeitenmanagements, um Krankenstände zu reduzieren
- Schluss mit Luxuspensionen. Wien muss zumindest das Sonderpensionsbegrenzungsgesetz des Bundes voll nachvollziehen